



„Jeder zweite russische Unternehmer bereitet sich auf das Schlimmste vor“

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider

Juli 2019

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.

Über den Autor dieses Beitrags

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider ist Vizepräsident der International Union of Economists St. Petersburg (IUECON) sowie Advisory Board Member des EU-Russia Centre in Brüssel, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Siegen und Leiter der sozialwissenschaftlichen Forschung des Berliner West-Ost-Instituts.



Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider



Analyse

So titelte die Zeitung *Wedomosti* am 12. Juli 2019.¹ Im Untertitel stand: „Es investieren nur diejenigen, die nirgendwo anders investieren können“. Die Zeitung stützt sich auf eine 42-seitige Untersuchung des 2003 gegründeten Zentrums für soziale Projektierung „Platforma“.² Parameter der „Platforma“ Forschung sind eine Umfrage des staatlichen Meinungsforschungsinstituts WZIOM (befragt wurden 500 Unternehmer und Manager in kleinen, mittleren und großen Unternehmen) sowie 35 halbformalisierte Interviews von „Platforma“ mit Wirtschaftsvertretern und Experten (kleine, mittlere und große Unternehmen, ausländische Investoren, Soziologen, Wirtschaftswissenschaftler) in allen Föderalen Bezirken.

71 % der Befragten halten die Geschäftsbedingungen in Russland für ungünstig. Der Staat ist in den Augen von Geschäftsleuten für die Mehrheit der überschaubaren Risiken verantwortlich. Sie sehen im Staat nicht den Feind, aber auch keinen interessierten Partner. Auf der einen Seite ist der Staat ein Assistent, der administrative Hindernisse abbaut und das Unternehmertum fördert, auf der anderen Seite eine unvorhersehbare Macht. In den Behörden sehen die Befragten in ihrer Logik getrennte Elemente der Nichtregierung und des Schattens, von denen die Risiken ausgehen.

Bei der Beurteilung des Geschäftsklimas rücken zwei Blöcke in den Vordergrund: wirtschaftliche Faktoren (Abnahme der Kaufkraft der Bevölkerung und die Höhe der Steuern betrachten 72 % bzw. 70 % der Befragten als oberste Priorität) und institutionelle Faktoren, die mit dem Schutz von Unternehmern vor Missbrauch durch Beamte zusammenhängen. Die Unvollkommenheit des Justizsystems wird zu 52 % als Risikoquelle und zu 48 % als Korruptionsrisiko in Verwaltungsangelegenheiten angesehen.

Als Negativbeispiel führt die Studie den Fall von Michael Calvi an, des Gründers des Investmentfonds Baring Vostok Capital Partners. (Seit 1994 investierte Calvi in Russland und in den GUS-Ländern 2,4 Mrd. \$ in 70 Projekten in den Bereichen Finanzdienstleistungen, Öl und Gas, Telekommunikation und Medien, Verbraucher. Im Februar 2019 war er verhaftet worden und steht jetzt unter Hausarrest. Ein Geschäftspartner, mit dem er Differenzen hat, setzte Strafvollzugsorgane ein.) Die Besonderheit des Falls Calvi besteht darin – so die Studie – dass der Stereotyp eines vom Staat entfernten Unternehmens, das relativ autonom arbeitet, Steuern zahlt und keine ernsthaften Probleme hat, zerstört wurde. Die Grundstimmung ist Unverständnis, Überraschung. „Nur 20 % rechnen mit einer Verbesserung der Situation innerhalb von fünf Jahren, der Rest ist bereit für das Schlimmste.“ Im Jahr 2018 wurden in Russland 290.288 Unternehmen eröffnet und 622.111 geschlossen.

Sehr deutlich äußerte sich dazu am 9. Juli auf dem Internationalen Finanzkongress in St. Petersburg die Chefin der Zentralbank Russlands, Elvira Nabiullina.³ „Die Leute brauchen Strafverfolgungsbehörden, die sie schützen und nicht vor denen sie geschützt werden sollen, und Gerichte, die unabhängig urteilen. Das Humankapital (wie auch das Geldkapital) braucht nicht nur Investitionen, sondern auch ein Umfeld, in dem es sich entwickeln kann, sonst werden die Menschen in einem anderen Land nach einem solchen Umfeld suchen. Die Menschen brauchen eine Macht, von der sie zumindest nicht angewidert sein werden, wenn sie sehen, wie deren Vertreter reicher werden (nicht nur Beamte, sondern auch Leiter staatlicher Unternehmen, Eigentümer von

¹ <https://www.vedomosti.ru/politics/articles/2019/07/11/806415-kazhdii-vtoroi-rossiiskii-predprinimatel-gotovitsya-k-hudshemu>

² <https://drive.google.com/file/d/1NaG5MS1XlicqpJbANXjAqY32WZ5wJSAD/view>

³ <https://www.vedomosti.ru/opinion/articles/2019/07/09/806226-pravda-elviri-nabiullinoi>



Unternehmen, die unter der Macht gewachsen sind) und dumme und sinnlose Reden halten über Armutsbekämpfung und Fürsorge, über Erfolge und Herausforderungen.“

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.